

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**  
**— Drucksache 10/4362 —**

**zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986**  
**hier: Einzelplan 14**  
**— Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung —**  
**— Drucksachen 10/3700 Anlage, 10/4164, 10/4180 —**

### **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der von der Fraktion der SPD eingebrachte Entschließungsantrag in der Drucksache 10/4362 wird abgelehnt.
2. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und der Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes wird eine materielle Besserstellung der grundwehrdienstleistenden Soldaten für notwendig gehalten.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, eine angemessene Erhöhung des Wehrsoldes im bisherigen Anpassungsrhythmus mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in die Wege zu leiten.

Bonn, den 14. Mai 1986.

### **Der Haushaltsausschuß**

|                      |                  |                            |                    |             |
|----------------------|------------------|----------------------------|--------------------|-------------|
| <b>Dr. Riedl</b>     | <b>Löher</b>     | <b>Frau Seiler-Albring</b> | <b>Frau Traupe</b> | <b>Suhr</b> |
| Stellv. Vorsitzender | Berichterstatler |                            |                    |             |

**Bericht der Abgeordneten Löher, Frau Seiler-Albring, Frau Traupe und Suhr**

Der Entschließungsantrag in der Drucksache 10/4362 ist in der 179. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. November 1985 anlässlich der dritten Beratung des Bundeshaushalts 1986 von der Fraktion der SPD eingebracht und dem Haushaltsausschuß federführend und dem Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Verteidigungsausschuß hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 15. Januar 1986 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt. Mit gleichem Stimmenverhältnis hat der Ausschuß aber einem Entschließungsantrag wie folgt zugestimmt:

Der Verteidigungsausschuß hält im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes eine materielle Besserstellung der grundwehrdienstleistenden Soldaten für notwendig.

Insbesondere hält er eine angemessene Erhöhung des Wehrsoldes im bisherigen Anpassungsrhythmus für erforderlich. Er wird daher als Teil einer Gesamtkonzeption zur materiellen Besserstellung der grundwehrdienstleistenden Soldaten und Zivildienstleistenden im Rahmen der Beratung der anstehenden Gesetze — Drucksachen 10/4591, 10/4294 — auf eine angemessene Wehrsolderhöhung zum 1. Januar 1987 drängen.

Der Haushaltsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 14. Mai 1986 mit dem Entschließungsantrag in der Drucksache 10/4362 und dem Beschluß des Ver-

teidigungsausschusses beschäftigt. Der vom Verteidigungsausschuß zitierte Gesetzentwurf in der Drucksache 10/4591 und der Antrag in der Drucksache 10/4294 sind vom Deutschen Bundestag bereits in seiner 210. Sitzung am 17. April 1986 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses — Drucksache 10/5299 Nr. 1 — angenommen bzw. hinsichtlich des Antrags in Drucksache 10/4294 abgelehnt worden.

Die letzte Wehrsolderhöhung ist mit dem Gesetz zur 11. Änderung des Wehrsoldgesetzes vom 25. Juli 1984 (BGBl. I S. 1004) verwirklicht und am 1. Oktober 1984 in Kraft getreten.

Die Bundesregierung hat im Ausschuß erklärt, der Entwurf eines 12. Änderungsgesetzes zur Erhöhung des Wehrsoldes sei in Vorbereitung und soll noch vor der Sommerpause beim Deutschen Bundestag eingebracht werden. Man rechne mit einer Wehrsolderhöhung zum 1. Januar 1987.

Der Haushaltsausschuß empfiehlt deshalb, den vorliegenden Entschließungsantrag in der Drucksache 10/4362 abzulehnen; gleichwohl aber die Bundesregierung entsprechend dem Vorschlag des Verteidigungsausschusses aufzufordern, daß im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes eine materielle Besserstellung der grundwehrdienstleistenden Soldaten für notwendig gehalten wird.

Namens des Haushaltsausschusses wird deshalb gebeten, der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zuzustimmen.

Bonn, den 14. Mai 1986

**Löher    Frau Seiler-Albring    Frau Traupe    Suhr**  
Berichterstatter